

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1922**

286 (7.12.1922)

# Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 550 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 600 M; in der Geschäftsstelle und bei untern Kreisverteilern Abgabe 510 M monatlich. Einzelhefte 20 M. Ausgabe: Mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Einzigen: Die einseitige Kolonialsache 40.-M. auswärts 50.-M. Die Kolonialbeilage 150.-M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif.— Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

## Was gedenkt die Reichsregierung zu tun?

Eine sozialdemokratische Interpellation

Die gewaltigen Preissteigerungen der letzten Wochen und die bedrohlichen Nachrichten über den Stand unserer Brotversorgung haben die sozialdemokratische Reichstagsfraktion veranlaßt, folgende Interpellation einzubringen:

Die fortgesetzte Steigerung der Preise aller Lebensmittel, die allein im Monat November wachsend über 100 Prozent betrug, stellt die höchste Bedrohung der Gesundheit und des Lebens der Bevölkerung dar, schwächt ihre Arbeitsfähigkeit und Arbeitsleistung und drückt die Wirtschaftslage Deutschlands zu verschärfen.

Die durch diesen Zustand hervorgerufene Beunruhigung und Erregung der Bevölkerung wird gesteigert durch die bedrohlichen Nachrichten über den Stand der Brotversorgung. Nach amtlichen Mitteilungen ist die Ablieferung der Brotgetreidemenge außerordentlich gering. Während im vorigen Jahre bereits am 30. November rund 1 375 000 Tonnen abgefertigt wurden, so in diesem Jahre bis zum 30. November 610 000 Tonnen, also noch nicht die Hälfte. Da außerdem die Käufe von Auslandsgetreide infolge des niedrigen und sich ständig verschlechternden Marktanstandes fast unmöglich sind, erscheint die öffentliche Brotversorgung, die Grundvoraussetzung unserer Volksernährung, bis zum Ablauf des Erntejahres auf das höchste gefährdet.

Unter den sonstigen Preissteigerungen ist die unausgesetzte Steigerung der Milchpreise die höchste Gefahr, besonders für Kinder, Kranke und Greise. Die im Mai 1921 erfolgte Aufhebung der beherrschenden Wirtschaft für Milch hat die Milchpreise in wässrige Abmischung vom Butterpreis gebracht und deren unausgesetzte Steigerung hervorgerufen. Beschränkt und deren unangenehme Steigerung hervorgerufen. Beschränkt wurde diese Entwicklung durch die sich gerade wieder im stärksten Maße ungestalt ausbreitende Umfassung. Auch die jetzt erfolgte Erhöhung des Zuckerspreises auf etwa 180 M das Pfund im Kleinhandel ist eine unerträgliche Belastung.

- 1. Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung zur Sicherstellung der Volksernährung zu treffen und was gedenkt die Reichsregierung gegen die Zurückhaltung des Brotgetreides zu tun?
2. Welche Maßnahmen will die Reichsregierung gegen die ungeheure Preissteigerung bei Milch, Zucker und sonstigen Nahrungsmitteln veranlassen?

3. Ist die Reichsregierung bereit, die Umfassung, welche die Preise stark erhöht, bei solchen Lebensmitteln aufzuheben, die der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen?

Es ist unersetzlich höchste Zeit, daß die sozialdemokratische Fraktion an die Reichsregierung diese Frage stellt, umso mehr, als sich in letzter Zeit die Reichsregierung zur Erhöhung der von der Reichsgetreidekasse gezahlten bezw. geforderten ungeheuren Getreidepreise veranlaßt gesehen hat. Nach der neuen Erhöhung beträgt der Abgabepreis der Reichsgetreidekasse das Dreifache des jetzt an die Agrarier gezahlten Preises für Umlagegetreide. Das wird der Landwirtschaft, die im Forderer noch immer groß gewesen ist, bald Anlaß geben, den bestehenden Preisunterchied für sich zu beanspruchen. Schon hat die Regierung der Arbeit" Verhandlungen in Aussicht gestellt, da bereits Rufe der Landwirtschaft in diesem Sinne laut geworden sind. Vorher möchte aber die Regierung gefälligst obige Interpellation beantworten. In den Städten geht bereits das Gerede des Hungers um, da der größte Teil des Volkes die Preise einfach nicht mehr bezahlen kann. Ein energisches Eingreifen ist nötig, wenn der Hungerzustand nicht zur dauernden Einrichtung in Deutschland werden soll.

Ein energisches Eingreifen ist umso mehr nötig, als von Seiten der Landwirtschaft ständig mit Aufgabe des Getreides ausgedroht wird, wenn nicht die völlig freie Wirtschaft eingeführt werde. Das Umlagegetreide wollen sie nicht abliefern und für einen Streik der Brotfruchtzeuger Stimmung machen.

Demgegenüber soll uns jetzt die Regierung Rede und Antwort geben. Wir geben zu, es sind unbedeutende Fragen, die hier an den neuen Reichsernährungsminister Herrn Dr. Luther gestellt werden. Aber wir können ihm nicht helfen. Hic Rhodus, hic saltus.

## Vor der Entscheidung in der Wohnungsfrage

Von Dr. W. Engler, Arbeitsminister

Im Reichstag wird gegenwärtig über eine Änderung des Wohnungsabgabegesetzes beraten. Was bis jetzt über diese Beratungen in die Öffentlichkeit gedrungen ist, muß bei all denen, die sich eingehend mit der Wohnungsfrage befassen, die Ueberzeugung machen, daß der Reichstag wieder nicht den Mut aufbringt, das zu tun, was notwendig ist. Dabei handelt es sich bei der Festlegung dessen, was wir brauchen, um ein ziemlich einfaches Rechenexempel. Zunächst ist festzustellen, wie hoch gegenwärtig die Baukostenzuschüsse sein müssen, dann ist auszurechnen, wieviel Geld Staat und Gemeinden brauchen, um eine Mindestzahl von Wohnungen zu bauen und aus dieser Summe ergibt sich dann die Höhe der Wohnabgabe.

Die Höhe ist es aber, welche einen Teil der Politiker schreckt. Die Drahtzieher der Kapitalisten tun nun auch so, als wären sie über die Höhe erschreckt und erklären, es sei unmöglich, eine Wohnabgabe in der Höhe zu erheben, wie sie notwendig ist.

Ich habe in der Nr. 551 des "Vorwärts" vom 21. November Ausführungen über die notwendige Höhe der Wohnabgabe gemacht und bin dort zu dem Resultat gekommen, daß wir den Wohnungsaufwand für den Mieter in den neu zu erstellenden Wohnungen auf mindestens den sechsfachen Friedensbetrag und in den alten Wohnungen auf etwa das Doppelte bringen müssen, wenn wir die notwendigen Mittel für Gebäudeunterhaltung und auch nur für den allerdingsten Bedarf an Neubauten erhalten sollen. (Die dort angegebenen Zahlen sind heute schon wieder überholt.) Langfristige Anleihen von 25 Prozent, höchstens noch zu einem Zinssfuß von 20 Prozent. Wo muß die Wohnabgabe so hoch gestellt werden, daß damit die Baukostenzuschüsse gedeckt werden können. Die Mieter müssen sich immer vor Augen halten, daß wir nur zwei Möglichkeiten haben, entweder wir bringen auf dem Wege der Gemeinwirtschaft die für den Wohnungsbau notwendigen Mittel auf, oder es tritt, wie schon die demokratische "Frankf. Ztg." andeutete, die freie Wirtschaft ein. In der freien Wirtschaft werden dann die Mieten verhältnismäßig ebenso hoch steigen wie die anderen Bedarfsartikel, das heißt, der Arbeiter wird wieder 20-30 Prozent von seinem Einkommen für Wohnungsmiete bezahlen, er wird gezwungen, wiederum sich mit den eisenfesten aller Wohnungen zu begnügen. Es wird ein Wettlauf um jede freierwende Wohnung entfohen. Die Mietkosten steigen, ohne daß Geld für neue Wohnungen beschafft wird und die Wohnungsfrage wird sich dadurch lösen, daß die Leute noch enger zusammengepresst werden.

Mit der Wohnabgabe aber, wie sie der Reichstag jetzt beschließen will, können in ganz Deutschland noch nicht einmal 20 000 Wohnungen gebaut werden; dabei ist zu beachten, daß wir mindestens 200 000 bauen müßten, wenn die Wohnungsnot gelindert werden soll. Die bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme eines Teils der Zentrumspartei, wollen eben die freie Wirtschaft, haben aber nicht den Mut, das offen zu sagen, sie wollen deshalb den Schein aufrecht erhalten, aber durch eine ganz unzulängliche Abgabe die Gemeinwirtschaft dem Zusammenbruch entgegenzuführen. Es graut ihnen vor der Auswirkung, deshalb erklären alle ganz heuchlerisch, man dürfe nicht plötzlich zur freien Wirtschaft übergehen, sie wissen aber ganz gut, daß der Anfang schon das Ende in sich schließt. Sind erst ein oder mehrere Steine ausgebrochen, dann stürzt das Gebäude nach. Wir dürfen uns deshalb nicht irre machen lassen durch Forderungen nach Freigabe der großen Wohnungen; eine Teilung der Wohnungen in "freie" und "unfreie" ist unmöglich. Man nehme doch von den großen Wohnungen eine stark erhöhte Wohnabgabe, dann wird sich mancher bereit finden, seine Wohnung zu teilen.

Es wird von den Befürwortern der freien Wirtschaft auch darauf hingewiesen, daß die Ausländer unsere Wohnungen billig kaufen. Gegen den Verkauf an die Ausländer schützt uns am besten die Gemeinwirtschaft, wenn die Ausländer erst einmal wissen, daß ihre Kapitalrente nicht steigen wird, dann lassen sie ihre Finger davon. Ein Verbot des Häuserhandels würde dem Uebelstand gründlich abhelfen und dort wo ein Hausbesitzer in die Zwangslage käme, verkaufen zu müssen, könnten Staat, Gemeinde und Körperschaften als Käufer auftreten und die Wohnungsverwaltung vorhandenen gemeinnützigen Genossenschaften übertragen.

Die Hausbesitzer klagen recht bewegt darüber, daß alles so sehr im Preise gestiegen sei, nur ihre Rente dürfe nicht steigen. Demgegenüber müssen wir immer wieder darauf verweisen, daß die Hausbesitzer ihre Hypothekenschulden auch nur mit Papiermark verzinsen und tilgen. Wenn man dem Hausbesitzer gestattet, seine Hausrente zu erhöhen, so werden dadurch die Preise, die ihr Geld auf der Sparkasse oder Hypothekenbanken anlegen, durch die höhere Miete und die weitergehende Geldentwertung noch weiter herabgedrückt. Es würde ein neuer Rentenmarkt geschaffen, der auf Kosten der schaffenden Stände sein Leben fristen würde.

Die Herren reden dem Volke vor: "Geht den Wohnungsmarkt frei, dann werden auch Wohnungen gebaut". Nach kapitalistischen Grundrissen werden Geschäfte nur gemacht, wenn es sich rentiert. Selbst beim Bau von Mietkasernen überleber Art würden heute auf eine Zweizimmerwohnung mindestens ein

## Das Urteil im Scheidemann-Prozess

10 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust für beide Täter

Leipzig, 6. Dez. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik fällt heute mittags 12 Uhr das Urteil gegen die beiden Attentäter, die am Freitag d. 3. in Kassel das Blausäureattentat auf den früheren Reichskanzler und jetzigen Kaiserlichen Oberbürgermeister Philipp Scheidemann ausgeführt hatten.

Es lautet gegen den Landwirt Karl Dehlschlager auf 10 Jahre 3 Monate Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust wegen versuchten Mordes und gegen den Kaufmann Hans Fußert auf 10 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust ebenfalls wegen versuchten Mordes.

In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, daß die Angeklagten schon vor geraumer Zeit den Entschluß gefaßt hatten, Scheidemann zu beseitigen und ihn für seine frühere politische Tätigkeit zu bestrafen, also aus Rache, nicht um ihn an der ferneren Ausübung seiner politischen Tätigkeit zu verhindern. Dieser wohlüberlegte feste Entschluß, an einer gemeinsamen von ihnen zu begehenden Tat teilzunehmen, in deren "Aufbau" sie sich dann teilten sollten, ist darauf auch zur Ausführung gebracht worden, allerdings nicht mit dem erzielten Erfolg, weil durch einen Zufall das verberbliche Ergebnis der Tat verhindert worden ist. Wenn die Angeklagten in Kassel wochenlang die Ausführung der Tat ausgeübt haben, so haben sie doch alle Vorbereitungen dazu getroffen. Es ist ein Gift verwendet worden, von dessen Beschaffenheit es nicht zweifelhaft war, daß es zur Tötung des ausgesuchten Opfers genüge und von dem man wußte, daß es auch am Tage der Tat noch vollständig wirksam war. Willig gleichgültig Lage der Tat noch vollständig wirksam war. Willig gleichgültig es, ob der eine oder andere der Angeklagten vor der Tat leicht vorübergehend wankelmütig geworden ist; denn es ist durch die Verhandlung klargestellt worden, daß die beiden Angeklagten an dem Tage, an dem sie den Anschlag verübten, durchaus entschlossen waren, ihn auszuführen. Wenn die Angeklagten sagen, daß der Summiball von ihnen durch Verbrennung aus der Welt geschafft werden sollte, um damit die Tat endgültig zu beenden, so ist das eine von ihnen im letzten Moment vorgebrachte Ausrede. Sie ist dadurch widerlegt, daß man einen betriebligen Geschäft nicht an einen Ort schleppet, wo man der Ueberzeugung durch Menschen ausgeübt ist.

Die Auffassung der Verteidigung, daß bei Fußert Ueberzeugung ausgeschlossen sei, da er von Dehlschlager, der zuerst für die Ausführung des Attentats bestimmt war, erst durch den Zufall auf "Da, geh hin, mach Du's!" aufgefordert wurde, in Aktion zu treten, ist nicht zutreffend. Denn die Verweidungnahme hat ergeben, daß Fußert schon mehrere Tage vorher in die gleiche Lage verlegt worden war, indem ihm die ausführende Rolle zu fallen sollte. Als am Tage des Anschlages vom Dehlschlager das gleiche Ansehen an ihn gestellt wurde, übernahm er den Auftrag

ohne innere Hemmungen und schritt mit der Entschlossenheit, die sich aus seiner Person ohne weiteres ergibt, an die Ausführung wie sie ihm der überlegene Genosse zugedacht hatte. Die umständlich Fußert handelte, ergibt sich daraus, daß er ohne jede Aufregung vorhing mit der vorbereiteten Waffe den Oberbürgermeister noch eine Weile verfolgte und die Schritte gerade gegen die Körperseite richtete, durch die das Gift in die inneren Organe gelangen konnte. Dann hat er genau den Rücken angetreten, den er sich vorgenommen hatte. Auch bei Dehlschlager kann nicht angenommen werden, daß er gegen die Ausführung war, weil er sie selbst nicht übernahm. Er wollte das Verbrechen damit nicht verhindern, sondern wünschte nur, daß der andere es vollziehe. Die Angeklagten sind daher beide des versuchten Mordes schuldig.

Bezüglich des Strafmaßes ist zu berücksichtigen, daß bei den Angeklagten keine Spur von Reue zu beobachten gewesen ist. Sie verbarren in einer Stimmung des Ungehorsams und des Widerstandes, die sie mitgebracht haben aus einem Milieu, dem sie bisher angehört und das sie bestimmte, rücksichtslos das zu tun, was ihnen politisch falsch erschien. Ob mit Recht oder barmhertzig, was ihnen politisch falsch erschien, das mit Recht oder Unrecht, das interessiert hier weiter nicht; denn der Gerichtshof ist nicht dazu da, die politische Tätigkeit Scheidemanns in Schutz zu nehmen, sondern dazu, den Mord nach an ihm phylogogisch zu erklären. Ob die Angeklagten von einer dritten Person angegiffet worden sind, kann dahingestellt bleiben. Es kann aber nicht verkannt werden, daß hochgradig geistlich aus Einkläufe von außen vorliegen. Wenn irgend etwas geeignet ist, diese Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, so war es das charakteristische Verhalten der Angeklagten in der ganzen Unternehmung, wo sie sich auch hartnäckig ablehnend verhielten. Es gibt Fälle, bei denen eine Straftat nicht erfolgt zu sein braucht, wenn dabei politische Ziele verfolgt werden. Aber wer aus dem Hinterhalt einen friedlich gestimmten Bürger überfällt, wer — mag er selbst von politischen Motiven geleitet sein — sich die Beugnis und das Recht anmaßt, einen Menschen, zumal in Gegenwart seiner Ehefrau und seines Enkelkinds, zu töten, der handelt unter allen Umständen schuldig und ist deshalb auch der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig.

## Die französischen Vorschläge für die Brüsseler Konferenz

BR. London, 6. Dez. Nach dem Pariser Bericht-erstatte der "Times" enthalten die französischen Vorschläge für die Brüsseler Konferenz folgende Punkte: Kein Moratorium für Deutschland ohne Befreiung der deutschen Entschädigung parallel mit der Herabsetzung der internationalen Zahlungen. Frankreich habe Anspruch auf mehr als 52 Prozent, so daß England auf einen Teil seiner Reparationsansprüche verzichten müsse. Jeder vorschlägliche Versuch Deutschlands, sich den Zahlungen und den finanziellen Reformen zu entziehen, müsse Sanktionen nach sich ziehen, wie direkte und indirekte Ausbeugung der Befragung, die Errichtung einer Kontrollkommission um das Ruhrgebiet, sowie allgemeine wirtschaftliche und administrative Organisationen des Rheinlandes.

Aufwand von 2 Millionen entfallen. Geld ist gegenwärtig nur zu einem Zinsfuß von 15-20 Prozent zu haben, ob für Bauzwecke Geld zu haben ist, muß sehr stark bezweifelt werden; denn auch vor dem Kriege war in Zeiten der Geldknappheit für den Wohnungsbau kein Geld zu erhalten. Die Vertreter der Banken erklären auch, daß sie an Hypotheken höchstens ein Drittel der Baukosten geben würden. Nehmen wir an, das Geld wäre zu erhalten und würde nur 10 Prozent Zins erfordern, so müßten für eine Zweizimmerwohnung allein für Zinsen 200 000 M. aufgewendet werden. Jeder Unternehmer müßte aber damit rechnen, daß in wenigen Jahren vielleicht die Baukosten wieder sinken und sein Kapital dann nicht mehr voll verzinst wird, deshalb geben ehrliche Bauunternehmer auch zu, daß sie nicht bauen können. Es würde auch keine neue Wohnung gebaut werden, bevor die Mietpreise in den alten Wohnungen auf die Höhe gestiegen wären, die zur Verzinsung der neuen notwendig ist.

Wenn wir an den Grundrissen des Reichsrentengesetzes festhalten, wonach der Hausbesitzer das erhält, was notwendig ist, um sein im Frieden angelegtes Kapital zu verzinzen und zu tügen, seine Steuern und Abgaben zu bezahlen, das Gebäude zu unterhalten und eine Entschädigung für die von ihm aufgewendete Arbeit, dann sind wir in der Lage, eine Wohnabgabe zu bezahlen, mit der wenigstens der dringendste Wohnungsbedarf der nächsten Jahre gedeckt werden kann. Der gesamte Wohnungsaufwand wird naturgemäß mit dem Steigen der Preise auch weiter steigen, weil die Kosten für Neubauten und Gebäudeunterhaltung jede Preissteigerung mitmachen. Es werden dann aber auch immer wieder die Löhne und Gehälter steigen, so daß wir immer damit auskommen werden, wenn wir vom Einkommen der Arbeiter 8-10 Prozent vom Einkommen für den gesamten Wohnungsaufwand rechnen. Das gleiche gilt von den Beamten und Angestellten. Durch eine stärkere Heranziehung der großen Wohnungen muß erreicht werden, daß auch die Leute mit großen Einkommen den mindestens gleichen Prozentsatz von ihrem Einkommen bezahlen. Wird die Wohnabgabe nicht in der erforderlichen Höhe eingeführt, dann bricht unsere Wohnungswirtschaft zusammen, dann steigen die Mieten ins Unermessliche, dann zahlen wir das 3-4fache von dem, was wir in der Gemeinwirtschaft bezahlen müssen, aber nur in die Taschen der Grundbesitzer, ohne daß Wohnungen gebaut werden.

Unsere Partei steht jetzt vor einer schwierigen Aufgabe. Ich weiß, daß ein großer Teil der Mieter sich gegen eine starke Erhöhung der Wohnabgabe wehrt, ich weiß, daß die Löhne jetzt weit hinter dem zurückbleiben, was zum Leben notwendig ist. Es muß aber auch jedem klar sein, daß die Wohnungswirtschaft schon volkswirtschaftlich nicht haltbar ist, wenn für eine Wohnung nur ein Bruchteil dessen bezahlt wird, was ein einfacher Gut kostet. Alle Mieter sollten bedenken, daß es sich bei der Durchführung der Wohnabgabe um die Abwendung einer noch größeren Belastung handelt. Wenn unsere Partei die Wohnungsfrage in der richtigen Weise in die Hand nimmt, so wird sie die Massen, die jetzt — mit Recht oder Unrecht sei dahin gestellt — müßlos und hoffnungslos zur Seite stehen, wieder aufrecht und mit sich führen. Wenn die Partei aber versagt, dann hat sie auch das Recht verlohren, später die Verantwortung für das, was kommt, abzulehnen. Dieser Kampf kann mit Erfolg gegen alle bürgerlichen Parteien geführt werden, weil auch weite Kreise, die außerhalb unserer Partei stehen, mit uns am gleichen Strang ziehen.

Jetzt stehen wir vor der Entscheidung, ob die Wohnungen dem Kapitalismus wieder in die Hand gegeben werden, um damit einen Verzicht zu machen, gegen den alle Kriege- und Nachkriegsgewinne eine Kleinigkeit wären. Das ganze arbeitende Volk wäre auf Jahre hinaus gezwungen, zugunsten einiger weniger Besitzer eine ungeheuerliche Bodenrente zu erarbeiten. Galt es aber fest an der Gemeinwirtschaft und bauen weiter auf dem Boden, dann wird ein wichtiges Stück unserer Volkswirtschaft der kapitalistischen Ausbeutung entzogen.

### Die Kosten der Zukerrationierung

Der völlige Abbau der Zwangswirtschaft ist der Wunsch der bürgerlichen Parteien und ihrer Presse. Sie sind daher über die Neueinführung der Zukerrationierung außerordentlich aufgebracht und verbreiten jetzt Gerüchte über die fabelhaften Unkosten dieser Zwangswirtschaft. Es ist notwendig, demgegenüber darauf hinzuweisen, daß die gesamten Kosten für die Zukerrationierung, einschließlich der Herstellung von Zukerrarten, 1 Prozent des Fabrikpreises ausmachen. Wir sind über-

zeugt, daß die Arbeiterschaft lieber diesen geringen Prozentsatz der Verwaltungskosten als die enormen Bodenrenten der Zuckerfabrikanten und der freien Wirtschaft bezahlen wird.

### Die Milliarden für die Offiziere

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben: Im Reichshaushalt für 1922/23 werden einschließlich der Nachträge für Pensionen und Verjüngung an fortdauernden und einmaligen Ausgaben insgesamt 44,9 Milliarden angefordert. Eine ungeheure Summe, von der der größte Teil für verabschiedete Offiziere ausgegeben werden muß. Von den verabschiedeten Offizieren werden 46 630 vom Reich unterhalten und zwar: **Leutnants, Oberleutnants, Oberärzte, Militärärzte, Oberbateriäre, Veterinäre 8100, Hauptleute, Rittmeister, Stabsärzte, Stabsbateriäre 18000, Majore, Oberstabsärzte, Oberstabsbateriäre 8600, Oberleutnants, Generaloberärzte, Generaloberbateriäre 6200, Obersten, Generalärzte, Generalbateriäre 3000, Generalmajore, Generalstabsärzte, Generalstabsbateriäre 1700, Generalleutnants und Generaloberstabsärzte 800, Generale 290.** In Bezügen erhalten diese verabschiedeten Offiziere seit dem 1. Oktober 1922:

Leutnant Gruppe 6 — 6900 M. monatlich, Oberleutnant bis zu 4 Dienstjahren als solcher Gruppe 7 — 8400 M. monatlich, Oberleutnant mit mehr als 4 Dienstjahren als solcher Gruppe 8 — 10 360 M. monatlich, Oberleutnant bis zu 2 Dienstjahren als solcher Gruppe 9 — 12 487 M. monatlich, Hauptmann mit mehr als 2 Dienstjahren als solcher Gruppe 10 — 16 350 M. monatlich, Major Gruppe 11 — 24 600 M. monatlich, Oberleutnant Gruppe 12 — 29 667 M. monatlich, Oberst Gruppe 13 — 42 375 M. monatlich, Generalmajor Gruppe B2 — 55 875 M. monatlich, Generalleutnant Gruppe B4 — 67 350 M. monatlich, General Gruppe B5 — 84 750 M. monatlich.

In diesen Beträgen treten die Zulagen, Frauen- und Rinderzuschläge nach den jeweils geltenden Sätzen. Für die zweite Hälfte des Monats November 1922 beträgt der Zulagenzuschlag 120 Prozent.

Ohne die Frauen- und Rinderzuschläge erhalten demnach, nach den seit dem 1. Oktober geltenden Sätzen folgende Pensionen:

Leutnant 182 160 M., Oberleutnant bis 4 Dienstjahren 233 564 M., Oberleutnant mit mehr als 4 Dienstjahren 273 284 M., Hauptleute bis 2 Dienstjahren 356 056 M., Hauptleute mit mehr Dienstjahren 431 640 M., Majore 614 140 M., Oberleutnants 783 208 M., Obersten 1 118 700 M., Generalmajore 1 475 100 M., Generalleutnants 1 778 046 M., Generale 2 237 400 M.

Von den Bezügen, die die ehemaligen Offiziere bis zum 31. März erhalten, soll jetzt nicht weiter geredet werden, obwohl viele dieser Herren in E. keinen Anspruch mehr auf Bezüge haben, außer sie seien Kriegsbefähigte oder in vorgeschrittenem Alter. Über das man den Obersten und Generalen jährlich Millionen gibt, das werden die unglücklichen Kriegsgenossen aus dem Mannschafts- und Unteroffiziersstande sicherlich kaum zu verstehen vermögen, ebensowenig die Sozialrentner und ihnen gleichgestellte arme Menschen. Für die 3000 Obersten beträgt nach den oben mitgeteilten Bezügen die jährliche Aufwendung rund 3356 Millionen, für die 1700 Generalmajore 2507 Millionen, für die 800 Generalleutnants 1462 Millionen, für die 230 Generale 514 Millionen, also für die verabschiedeten Offiziere vom Obersten bis General pro Jahr zusammen 7839 Millionen — beinahe 8 Milliarden. Ausgaben in dieser Höhe und für diesen Zweck kann sich vernünftigerweise das Reich ein- und für die Dauer nicht leisten. Ein großer Teil der Herren besitzt auch noch Vermögen oder hat Einnahmen aus Pachtgütern u.ä. Daß diese Herren, die sich von der Republik inmitten schwerster finanzieller Verdrängnis solche Pensionen bezahlen lassen, gemiert sie nicht, wie sie sich auch nicht genieren, gegen diese Republik tätig zu sein

und gegen sie teilweise zu helfen. Sie mögen die Republik nicht leiden, aber ihre Klassenfeinde nehmen sie gerne und zwar in Millionenbeträgen. Man denke nur daran, daß ein Mann wie Ludendorff, der ununterbrochen gegen die Republik agitiert, sich jährlich von ihr rund 2 1/2 Millionen auszahlen läßt.

### Zurück zur geeinten Partei

Kürzlich wurde der Abletritt der früheren kommunistischen mitteilungslosen Landtagsabgeordneten Haufsel und Maier zur geeinten Sozialdemokratie mitgeteilt. Heute liegt uns die Erklärung dieser Genossen vor, die sie bei ihrem Abletritt im Landtage abgaben:

Die Unterzeichneten wurden am 6. Juni 1920 als Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in den Landtag gewählt. Bei der Spaltung dieser Partei traten wir der kommunistischen Partei bei. Die Entwidlung, die diese Partei seither nahm, entspricht nicht den Erwartungen und Grundanschauungen, von denen wir beim Abletritt ausgegangen. Die wirtschaftliche sowie die inner- und außenpolitische Lage Deutschlands erfordert gegenüber der englischen Aufwärtstendenz der arbeitenden Bevölkerung zur wirklichen Befreiung ihrer Interessen auf Grund der vollständigen Verstaatlichung eine Zusammenfassung der kommunistischen Partei der Spaltung und Zersplitterung. Besonders stark tritt die Schädlichkeit des Aufstiegs der kommunistischen Partei innerhalb der Gemeinwirtschaftsbestrebungen, der in Berlin stattgefundenen Betriebsrätekonferenz, der im Gegensatz zu den Gewerkschaften einberufen wurde, aber durch seinen Verlauf erneut gezeigt, daß die kommunistischen Aktionen nicht zu einer Zusammenfassung, sondern zur weiteren Zerschneidung der Organisations der Kopf- und Handarbeiter führen. Die von der kommunistischen Partei propagierte mechanische Übertragung russischer Einrichtungen auf die ganz anders gearteten deutschen Verhältnisse läuft den Interessen des werktätigen Volkes zuwider.

Die Ergebnisse von der Anfruchtbarkeit und Schädlichkeit der kommunistischen Politik hat uns der kommunistischen Partei entfremdet und unter Ausscheiden aus dieser Partei zur notwendigen Höhe gebracht. In Konsequenz hieraus sind wir auch aus der kommunistischen Gruppe des Landtages ausgeschieden und haben nach unserem Beitritt zur Vereinigten Sozialdemokratischen Partei den Anschluß an die Landtagsfraktion dieser Partei vollzogen.

Karl Haufsel, Anton Maier. Die Erklärung dieser beiden Kommunisten ist sehr beachtenswert. Der eine, Anton Maier, hat zudem im vergangenen Jahre längere Zeit in Russland gewohnt. Die Tatsachen sind härter als alle Scheuflappen. Trotz allen Rückganges kann auch bei den Kommunisten die Entwicklung nur dahin gehen, daß sie lernen müssen, mit den Tatsachen zu rechnen. Wir haben das von dem sächsischen Beispiel erst kürzlich gezeigt. Not und Elend mag vorübergehen ihnen hier und da zu Erfolgen verhelfen. Auf die Dauer geht die Entwidlung der Arbeiterbewegung zum Zusammenbruch, zu bewußtem politischen Handeln, unter Verzicht auf Kräfte vergebende, nur dem Gegner nutzende Experimente.

### Deutscher Reichstag

Berlin, 6. Dez. Beginn nachmittags 8 Uhr. Die Landtagssitzung über die Tagesordnung folgende: Sozialdemokratische Interpellation über die Zulassung von Nach- und Ersatzmitgliedern der Regierung innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist beantwortet werden.

Die erste Beratung der Novelle zum Gesetz über die Beschäftigung Schwer-Kriegsbefähigter wird mit einer Rede des Reichsministers Dr. Brauns eingeleitet: Zurzeit seien von denen 30 000 Schwer-Kriegsbefähigte in Deutschland vorhanden, die Schwer-Kriegsbefähigten habe zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht geführt. 22 000 freie Arbeitsstellen könnten nur deshalb nicht besetzt werden, weil die nötigen Wohnungen nicht zu be-

**„Aromakron“**  
Leinsäure  
**Kaffee-Essenz**  
überall erhältlich  
**Vertreter: Adolf Hauser, Karlsruhe i. B.**  
Telephon 4709.

### Hinter Pflug und Schraubstock

Skizzen aus dem Taschenbuch eines Jungentums  
 Von Max G. J. J.  
 (Fortsetzung)

Es war ein unruhiger, windiger Nachmittag. Zerkümmerte Weingänge jagten mit Sturmeseile von den Bergen im Westen der See zu. Große Schatten und Sonnenflecken flogen über die weite Landschaft und belebten in wunderlicher Weise die mächtige Wasserfläche der Ennsbucht, die sich etwa halbwegs unter uns dehnte. Am anderen Ufer, kaum sichtbar im Schatten der Hügel, lagen die Häuser von Rebbledon und am eisernen Strand hin eine Reihe von Dörfern und Städtchen. Im Hintergrunde gegen Norden ragten die ruhigen Gipfel des schattigen Hochlands empor. Im fernen Westen türmten sich schwarze Wolken auf, und die Sonne schien in kurzer Zeit in der vergoldeten Masse zu versinken. Auf dem klammernden, lebhaft bewegten Wasser lag ein Dutzend Segelschiffe der See zu. Da und dort sah man einen Dampfer, der eine Brigg oder einen Schoner mit gereiften Segeln heraufschleppte. Aber alles trat an dieser Stelle zurück vor dem mächtigen Dampfer, welches eines dunkle, harte Linie durch die sich bewegte Landschaft zog und seit Jahresfrist als der Stolz und Triumph unserer Zeit gepriesen wurde.

Schon war sie nicht, die berühmte Brücke. Ein dickerer Krümmen hatte für ihren Stil die Bezeichnung „schillerndamerikanisch“ erfunden. Aber die schwindende Höhe über dem Wasserpiegel die riesige Länge gaben dem Bauwerk seinen eigenen Charakter, und auch in Bauwerken ist das Charakteristische oft mehr wert als das Schöne. Hier war im Eisen und Stein Entschlossenheit, Wille, Beherrschung. Am Nordende, in dümmiger Ferne, machte die Brücke noch weit vom Ufer ihren gewaltigen Bogen gegen Westen, so daß eine lange Reihe ihrer schlanken Pfeiler deutlich hervortrat, während weitaus die Mehrzahl von unfernen Standpunkt aus, in der Vätergerechtigkeit der Brücke, nicht gesehen werden konnte. Um so mehr schien es, als ob die riesigen Gitterbrücken förmlich in der Luft hingen. Namentlich der mittlere Teil, der in der Länge von einem Kilometer über die anderen

Partien hervorragte, machte den Eindruck, als ob die Gesebe der Schwere bei so gewaltigen Bauten keine Geltung mehr hätten. Die die Brücke überspannende Bahn war nur einleuchtig. Auf beiden Seiten der Schienen war ein schmaler, asphaltierter Fußweg, der nach der Wasserseite hin durch ein Eisengeländer geschützt war. Zwischen den Schienen und Schwellen jedoch konnte man noch immer durch die Gitterbrücken ins grüne Wasser hinuntersehen und das Eisenwerk betrachten, auf dem die hölzernen Schwellen lagen. Die achtzig Fuß unter uns durchgehende Strömung, die den Blick in wunderlicher Weise mitog, trug nicht zum Gefühl der Sicherheit bei, mit dem ich Stolz folgte, der, ohne ein Wort zu sprechen, ein Bild weit über die Brücke wegging, die sich endlos vor uns dehnte.

„Wollen wir einen Zug abwarten?“ fragte er plötzlich, wie wenn er meine Gedanken erraten hätte. „Es ist doch genug für uns.“

Ich konnte dem Vorschlag nichts Verlockendes abgewinnen und meinte, es wäre klüger, zurückzugehen, da es bald Dämmerung werden müsse, und der Wind immer lebhafter aus Westen zu blasen begann. Gemächlich konnte man diesen Abendspaziergang zwischen Wasser und Himmel kaum nennen, selbst an der Seite des besten Freundes. Wir wandten um. Am Wirtshaus-Abzug begrüßte Stolz mit einem: „Wie geht's, Amor?“ einen Bekannten aus der Banauel, der Wirtshauswärtler geworden war. Der alte, gulsche und zuverlässige aussehende Mann erwiderte den Gruß mit verwunderten Augen, griff unbedorfen nach der Brücke und erkundigte sich gelegentlich nach Stolz' Gesundheit.

„Wir sind nicht so kräftig, als wir waren, Herr Stolz“, meinte er autowallig. „Zu viel Arbeit! Zu viel Sorgen! Sie sollten Wirtshauswärtler werden, Herr Stolz! Gesunde Luft hier oben. Ein ruhiges, keines Nest. Niemals des Tages auf der Brücke hin und her, das kann der Mensch ausbilden. Nur bis zur Mitte, Herr Stolz! Nur bis zum Pfeiler Nummer drei-unterwärts. Ich habe es schon damals gesagt, als Sie noch auf dem Weg waren: Zu viel Sorgen, das geht.“

„Es ist doch alles in Ordnung, Amor, soviel für nicht?“ fragte Stolz und tat wie belustigt, aber mit dem ängstlichen Blick, der immer deutlicher hervortrat.

„Was wird nicht in Ordnung sein, Herr Stolz!“ rief der Alte fröhlich. „Vorige Woche ist wieder einer der Malefanten aus den Quarantänen gefallen. Am Pfeiler Nummer fünfzehn. Aber wir haben das über hingelassen, daß ihm das Ausfallen begehren wird. Alles in Ordnung! Natürlich! Sie brauchen sich keine Sorgen zu machen. Ich und drüben Bob Stirling, wir passen auf!“

Wir wünschten dem Alten einen vergnügten Abend und gingen dem Hügel zu, der westlich von der Brücke zu nächster Höhe ansteigt. Auf dem Gipfel liegen die sieben Senkrechtenreiter betragen, denen der alte Lowelle ein einfaches Steinkreuz hatte errichten lassen. Von hier aus überblickt man das ganze Werk in einem prächtigen Eisenbild, und wie auf einen Winkel nach die Sonne noch einmal durch die Wolken und überstrahlte die Landschaft mit rotem Gold. Namentlich machte der riesige Schatten der Brücke, der sich scharf auf dem Wasserpiegel der Bucht abzeichnete, einen fast unheimlichen Eindruck.

Ich schüttelte Stolz, dessen Züge sich freudig belächelten, die Hand.

„Ich habe dir noch nicht Glück gewünscht, Stolz, wie ich es schon längst tun wollte!“ sagte ich endlich. „Es ist wahrhaftig ein großes Werk, an das du deine besten zwölf Jahre gerichtet hast. Natürlich, du hast es nicht allein gebaut, und dein Schwiegervater, wie es so der Weltbrauch ist, heißt alle Ehre ein, aber ein gutes Stück von dir steht in dem Ding, und du darfst stolz darauf sein. Du bist in keiner Hipp-hipp-hurra-Stimmung, und die sieben Reiter, auf denen wir stehen, sind keine lustige Gesellschafter dazu. Aber ich denke mir, selbst sie muß es freuen, wenn sie sich in einer hellen Mondnacht herauswagen und das schwarze Ingeitum da unten fertig sehen. Selbst diese armen Kerle haben ihren Anteil daran und sind nicht unsonst geboren.“

„Rein, die nicht; die Pfeiler stehen“, sagte Stolz träumerisch. „Aber komm!“ Er warf noch einen letzten Blick auf das im dümmlichen Überdünkte auffammende Bild. Dann entzog er mir mit einer raschen Bewegung die Hand, die ich gehalten hatte, und ging den Hügel hinunter.

„Gut!“ dachte ich, ihn folgend. „Aber nach dem Tee muß er doch gehen.“  
 (Fortsetzung folgt.)

kräften sein. Jedenfalls habe sich das Gesetz bewährt und seine allgemeinen Grundlagen seien deshalb auch in der Novelle nicht zu ändern...

Mag. Aubjahn (D.M.) beantragt Ausschussberatung und beantragt, daß die Organisation der Kriegsbefähigten nicht ausserhalb der Reichsberufungsstelle erscheinen werde...

Ausschussmitglied Dr. Braun erwidert, die Novelle zum Reichsberufungsgesetz werde dem Reichstag noch im Laufe dieses Monats zugehen...

Die Novelle geht sodann an den sozialpolitischen Ausschuss. Der Ausschuss für Arbeiterfragen, Aufs. und Arbeitslosen wird beauftragt...

Nachdem Mag. Knieft (Dem.) noch im Interesse der armeren Bevölkerung für eine Erhöhung der Fahrpreise 4. Klasse eingetreten ist, wird der Etat unverändert genehmigt...

Die Novelle zum Reichsberufungsgesetz, welche eine Verkleinerung der Wahlkreise bringt, wird einem Ausschuss überwiesen...

Kommission nachmittags 2 Uhr kleinere Vorlagen und Nachtragsetats.

### Aus der Partei

Montesquieu. Samstag abend 8 Uhr findet im Gasthaus zum 'Schwanen' eine wichtige Mitgliederversammlung der Partei statt...

### Badische Politik

#### Staatskredite für die Kirchengemeinschaften

Die fortschreitende Finanzierung und die steigende Geldentwertung haben die Kirchengemeinschaften veranlaßt, sich ebenfalls an die badische Regierung um Bewährung von Staatskrediten zu wenden...

Zur Bewährung von Staatskrediten an die kirchlichen Kirchengemeinschaften, welche die Erhebung der Kirchensteuer...

Die kirchlichen Kirchengemeinschaften sind in der Zahl von 12.700.000 M. 1922 bis 31. März 1923 auf 18.700.000 M. angewachsen...

Die kirchlichen Kirchengemeinschaften sind in der Zahl von 12.700.000 M. 1922 bis 31. März 1923 auf 18.700.000 M. angewachsen...

Die kirchlichen Kirchengemeinschaften sind in der Zahl von 12.700.000 M. 1922 bis 31. März 1923 auf 18.700.000 M. angewachsen...

Die kirchlichen Kirchengemeinschaften sind in der Zahl von 12.700.000 M. 1922 bis 31. März 1923 auf 18.700.000 M. angewachsen...

Die kirchlichen Kirchengemeinschaften sind in der Zahl von 12.700.000 M. 1922 bis 31. März 1923 auf 18.700.000 M. angewachsen...

### Gemeindepolitik

Wulach. Vom Vorstand des Hausbesitzervereins, Herrn G. Scherz, wird uns zu unserer Mahnung in der Nr. 276 vom 28. November geschrieben...

Die kirchlichen Kirchengemeinschaften sind in der Zahl von 12.700.000 M. 1922 bis 31. März 1923 auf 18.700.000 M. angewachsen...

Die kirchlichen Kirchengemeinschaften sind in der Zahl von 12.700.000 M. 1922 bis 31. März 1923 auf 18.700.000 M. angewachsen...

Die kirchlichen Kirchengemeinschaften sind in der Zahl von 12.700.000 M. 1922 bis 31. März 1923 auf 18.700.000 M. angewachsen...

Die kirchlichen Kirchengemeinschaften sind in der Zahl von 12.700.000 M. 1922 bis 31. März 1923 auf 18.700.000 M. angewachsen...

Die kirchlichen Kirchengemeinschaften sind in der Zahl von 12.700.000 M. 1922 bis 31. März 1923 auf 18.700.000 M. angewachsen...

Die kirchlichen Kirchengemeinschaften sind in der Zahl von 12.700.000 M. 1922 bis 31. März 1923 auf 18.700.000 M. angewachsen...

Die kirchlichen Kirchengemeinschaften sind in der Zahl von 12.700.000 M. 1922 bis 31. März 1923 auf 18.700.000 M. angewachsen...

1. Tag. Die erste am Sonntag im Rathausaal stattgefundene Fraktionsversammlung war gut besucht...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

wissen nicht mehr, wo sie das Geld für den Lehrling aufbringen können und die Meister bereichern sich an den Lehrlingen...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

### Kleine badische Chronik

Hochwasser (Amt Neff). Tabakpreise. Für Sandblätter wurden hier und in Hirschenhausen pro Zentner 41 000 M. bezahlt...

Freiburg i. Br. Personalangelegenheit auf der Straßenbahn. Der Stadtrat beschloß, Fahrscheine aller Art in Zukunft nur noch ständigen Reichsdeutschen Einwohnern der Stadt...

Einstellung des Postfachverkehrs zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland. Nach einer Mitteilung der Regierungskommission des Saargebietes werden bei den Postanstalten...

Warnung. Durch Auf- und Abprallen bei Abfahrt oder Anfaß von Zügen in den Bahnhöfen sind in letzter Zeit vier Reisende getötet und sechs weiterer mehr oder weniger schwer verletzt worden...

Wie man Geld verdient. Leber eine rechte der heutigen Zeit entsprechende Art und Weise, Geld zu verdienen berichtet eine Kitz über die Offenburger Mobilienbörsen im Bürgerhof...

Geldstrafe. Das Lieberleben des Raubberäubers in Eisenbahnmagen und in den Waggons wird nun mit 60 M. (bis zu 20 M.) bestraft...

PUTZT BURE OPEN NUR MIT ERMELINE

### Soziale Rundschau

#### Annahmen und Reformenschiebungen

Aus Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben: Es ist eine schon oft beobachtete Erscheinung geblieben, daß sehr viele Annahmemeister unter der Führung des Handwerks nur einen Freibrief für unbeschränkte Lehrlingszuzug und Lehrlingsausbeutung verlangten...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

### Theater, Kunst und Wissenschaft

#### Der Rosenkavalier

Neu einstudiert

Als vor einem Jahrzehnt Richard Strauß der neugierigen Welt seinen 'Rosenkavalier' vorstellte, setzte eine besondere Feste gegen 'Richard II.' ein...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

### Theater, Kunst und Wissenschaft

#### Der Rosenkavalier

Neu einstudiert

Als vor einem Jahrzehnt Richard Strauß der neugierigen Welt seinen 'Rosenkavalier' vorstellte, setzte eine besondere Feste gegen 'Richard II.' ein...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...

Die Verhandlungen der Fraktionen über den Entwurf des Reichsberufungsgesetzes...



Weihnachts-Ausstellung unserer Volkshandlung, Adlerstraße 16

Deutschland und Griechenland zu den Fragen über Bildung und Leben. Im Zusammenhang mit der Vereinigung der Freunde des humanistischen Gymnasiums...

Von der Handels- und Gewerbebank. Die außerordentliche Generalversammlung der Handels- und Gewerbebank...

Spenden für die Winterhilfe werden auf der Geschäftsstelle des 'Volkshandlung' bereitwillig entgegengenommen.

Von der Amerikareise des Fröhlich'schen Männerquartetts

Ueber das Abschiedskonzert des Fröhlich'schen Männerquartetts am 18. September in der Festhalle vor Eintritt seiner Amerikareise...

Valuta-Bericht vom 7. Dezember

Die Mark notierte heute in der Schweiz circa 0.0637 Gts. Auszahlung Holland notierte etwa 3350 M pro holländ. Gulden.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 7. Dezember

Die fahrenden Druckwellen entfernen sich, jedoch morgen mit feinen Niederschlägen, dafür aber mit etwas Aufbesserung und stärkerem Wetter zu rechnen ist.

Der mit trefflicher Rednergabe begabte Bassist Heinrich Reich dankte im Namen der Gäste, die, wie er erklärte, außerordentlich erfreut seien in dem auch in Deutschland berühmten...

Wahl des gemischten beschließenden Ausschusses

Die auf Grund des § 68 der Gemeindeordnung erlassene Gemeindeordnung bestimmt, daß der gemischte beschließende Ausschuss außer dem Vorsitzenden aus 12 Stadtratsmitgliedern...

Baden-Baden.

Nachdem mehrere Stadtratsmitglieder zu Stadtratsmitgliedern gewählt worden sind, treten die in der Reihenfolge der Vorschlagslisten nächstfolgenden Bewerber an die Stelle derselben.

Die Vorschlagslisten, für die beiden Wahlen getrennt, sind bis spätestens 11. Dezember d. J. abends 6 Uhr, beim Oberbürgermeister einzureichen.

Die Wahl des Stadtratsvorsitzenden

Nachdem die Wahl der Stadtratsmitglieder und Stadtratsmitglieder hat, ist nunmehr gemäß § 61 der Gemeindeordnung bis zur nächsten allgemeinen Gemeindeversammlung...

Die Vorschlagslisten, für die beiden Wahlen getrennt, sind bis spätestens 11. Dezember d. J. abends 6 Uhr, beim Oberbürgermeister einzureichen.

Wahl des Stadtratsvorsitzenden

Der nach § 61 der Gemeindeordnung zu wählende Stadtratsvorsitzende hat die Stadtratsmitglieder und der 6 Stellvertreter zu wählen.

Gaslofs.

Durch Stadtratsbeschluss vom 6. Dezember 1922 sind die Gaslofspreise mit Wirkung vom 8. Dezember 1922 ab bis auf weiteres wie folgt festgesetzt:

Jagd-Versteigerung.

Das staatliche Forstamt Baden-Baden beabsichtigt in öffentlicher Versteigerung am Montag, den 18. Dezember 1922, vormittags 10 Uhr im Hotel Schwarzwaldhof in Baden-Baden...

Offenburger Anzeigen.

Einladung zur Wahl des Stadtverordneten-Vorstandes und des Obmanns sowie des Obmann-Stellvertreters.

Mehrere tüchtige Maschinen- und Werkzeugschlosser

Arnold Viber, A.-G., Durlach für sofort gesucht.

Bruchsaler Anzeigen.

Auf Grund der vom Bürgerausschuss unterm 14. Okt. 1920 erteilten Ermächtigung hat der Stadtrat auf Antrag der Friedhofkommission die Begräbnisgebühren mit sofortiger Wirkung wie folgt festgesetzt:

